

## Freispruch 26 Jahre nach Mord

**STUTT GART.** Gut 26 Jahre nach dem Mord an einer Prostituierten in der Landeshauptstadt hat das Landgericht Stuttgart den Angeklagten überraschend freigesprochen.

Die 1. Strafkammer äußerte in der Urteilsbegründung gestern zwar die Vermutung, dass der 57-Jährige, der seit mehr als 13 Jahren unter anderem wegen versuchten Mordes und Vergewaltigung im Gefängnis sitzt, der Täter sei, allerdings reichten die Indizien für einen Schuldspruch nicht aus. Die damals 27-jährige Frau war im Dezember 1981 in ihrer Stuttgarter Wohnung erdrosselt worden. Der Täter hatte sich an ihr auch sexuell vergangen. Ermittler hatten im Wohnzimmer des Opfers einen Fingerabdruck des Angeklagten und im Bad einen Abdruck seiner Hand gefunden. Die Spuren waren erst 2005 mit den Abdrücken des Angeklagten verglichen worden. lsw

## SÜDWEST JOURNAL

### Gute Ernte

**STUTT GART.** Die Bauern in Baden-Württemberg haben 7400 Tonnen Spargel geerntet – 390 Tonnen mehr als 2007. Das teilte das Statistische Landesamt mit. Mit 27 200 Tonnen gab es zudem die drittgrößte Erdbeerernte. lsw

### Mappus: Kurswechsel

**STUTT GART.** Im Streit um die Rückkehr zur Pendlerpauschale ist nun auch CDU-Fraktionschef Stefan Mappus von seiner Ablehnung abgekommen. Sollten Maßnahmen wie eine Senkung der Lohnnebenkosten oder des Eingangssteuersatzes ebenso wie ein höherer Grundfreibetrag nicht durchzusetzen sein, befürwortet er das Comeback der alten Pendlerpauschale, sagte er der „Stuttgarter Zeitung“. lsw

# 228 Betriebe dichtgemacht

Lebensmittelkontrolleure im Land rücken 104 000-mal aus – „Sorgenkind Gastronomie“

**STUTT GART.** Plastiksplitter im Kartoffelsalat, Spritzenadel im Kalbsbraten und eine Metallschraube im Döner: Lebensmittelkontrolleure in Baden-Württemberg haben im vergangenen Jahr 228 verdreckte Betriebe geschlossen.

PZ-KORRESPONDENT  
HENNING OTTE, DPA

77 Mal haben die Kontrolleure in Restaurants, Kantinen und Imbissbuden Dinge gefunden, die ganz und gar nicht ins Essen gehören. In jedem vierten untersuchten Betrieb habe es Verstöße gegeben, sagte Verbraucherminister Peter Hauk (CDU) gestern in Stuttgart bei der Vorlage des Berichts zur Lebensmittelüberwachung: „Das Sorgenkind ist immer noch die Gastronomie.“

Rund 104 000 Mal rückten die etwa 220 Kontrolleure des Landes im vergangenen Jahr aus. Sie nahmen gut 65 700 der 208 000 Lebensmittelbetriebe im Südwesten unter die Lupe. Mehr als 53 000 Proben wurden untersucht. Gravierende Verstöße mit gesundheitlichen Gefährdungen für die Verbraucher gab es nur in ganz wenigen Einzelfällen (0,2 Prozent der Proben).

### Personal soll aufgestockt werden

„Das zeigt den insgesamt hohen Sicherheitsstandard unserer Lebensmittel“, sagte Hauk. Weil aber immer mehr Lebens- und auch Futtermittel aus aller Herren Ländern kämen, müsse die Zahl der Kontrolleure um 80 aufgestockt werden. Allerdings seien diese den Landratsämtern unterstellt. Somit müsse der Landkreistag auf Finanzminister Willi Stächele (CDU) zugehen und



**Riechen, fühlen, messen:** Die Lebensmittelkontrolleure nahmen 65 700 Betriebe unter die Lupe – manche mehrfach. Foto: dpa-Archiv

mehr Geld fordern. Der SPD-Fraktion ist dieser Hinweis zu wenig; Hauk sei eine „lahme Ente“, kritisierte die Abgeordnete Birgit Kipfer: „Die Personallücke, die Hauk jetzt beklagt, hat er mit seinem Ja zur Verwaltungsreform selbst geschaffen.“

Nach Hauks Willen sollten Gastwirte für den Erhalt einer Konzession künftig nachweisen, dass sie mit Lebensmitteln umgehen können. Der zuständige Referatsleiter, Manfred Edelhäuser, sagte, ein großes Problem sei der häufige Besitzerwechsel bei Gaststätten. Werde der Name geändert, fielen die negativ aufgefallenen Restaurants und Imbissbuden wieder durchs Raster. Allein im Großraum Stuttgart seien 30 Prozent der Gaststätten 2007 in andere Hände gekommen.

### Auch Edelrestaurants betroffen

Nicht nur kleine Kneipen oder Schnellimbisse fielen durch mangelnde Hygiene auf, betonte Edelhäuser: „Die Küche und die Lobby sind häufig unterschiedlich. Vorne hui, hinten pfui.“ Als Beispiel nannte er ein Vier-Sterne-Hotel in Nordbaden. Hier wurden Stücke von Abwaserkunststoffrohren zum Teigausstechen benutzt. Auf der Personaltoilette für Männer gab es keine Seife.

Hauk bezeichnete es als große Herausforderung für die Kontrolleure, dass immer mehr Lebensmittel eingeführt würden. So stammten rund 80 Prozent der Verdickungsmittel aus Indien. 2007 war Guarkeimehl mit Spuren des Pilzgifts PCP und Dioxin nach Deutschland gekommen. „Durch die Globalisierung erreichen uns längst überwunden geglaubte Probleme aufs Neue“, sagte Hauk.

@ Weitere unappetitliche Beispiele unter: [www.mlr.baden-wuerttemberg.de](http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de)

## DREI FRAGEN



**Christiane Staab**  
Vorsitzende des Landeselternbeirates, zu: Bildungsoffensive

### „Guter Unterricht ist Glücksspiel“

#### 1 Ist die „Qualitätsoffensive Bildung“ nur ein kleiner Schritt oder ein großer Wurf?

Es sind schon ganz viele Dinge drin, aber es müssen noch ein paar ganz wichtige Hebel umgelegt werden. Zum Beispiel brauchen wir eine bessere Schulaufsicht mit entsprechenden Befugnissen. Nehmen wir den Fall Frech-Becker in Pforzheim: Nach zehn Jahren schafft man es endlich mal, so jemanden aus dem Schulbetrieb zu entfernen. Das geht so nicht. Es kneift wirklich jeder den Schwanz ein, wenn Probleme angesprochen werden. Wir brauchen dringend Disziplinarmaßnahmen, die durchführbar sind; wir brauchen ein neues Dienstrecht; und wir brauchen Leistungsbeurteilung.

#### 2 Was vermissen Sie am schmerzlichsten in dem Paket?

Verpflichtende Fortbildung. Es gibt wohl einen großen Stamm von Lehrern, die völlig fortbildungsresistent sind. Die müssen wir knacken. Im Moment ist es ein Glücksspiel, ob ein Kind einen guten Lehrer hat oder einen schlechten.

#### 3 Welche Maßnahme ragt für Sie positiv heraus?

Die regionalen Bildungsbüros. Das funktioniert mit sehr viel Erfolg auch schon in anderen Bundesländern. bub

## Der kleine Unterschied

### Sieben Jahre Homo-Ehe: Noch immer gibt es für Verpartnerte mehr Pflichten als Rechte

Stephanie und Jennifer feiern diese Tage ihren ersten Hochzeitstag. Seit acht Jahren sind die beiden Stuttgarterinnen zusammen und seit dem 7. 7. 2007 auch vor dem Gesetz ein Paar. Das war ihnen wichtig, vor allem weil sie demnächst ein Kind kriegen wollen. Per Samenspende, was gar nicht so einfach ist. Wenn Jennifer (26 Jahre) dann das Kind bekommt, will Stephanie (30) es adoptieren – und das wiederum geht nur, wenn man verpartnert ist. Daher also die Hochzeit.

Stephanie und Jennifer sind ein Paar von 59, die im vergangenen Jahr in der Landeshauptstadt eine Lebenspartnerschaft eingegangen. Zum Vergleich: In Pforzheim gab es im selben Jahr nur eine Verpartnerung, im Jahr 2006 gar keine und im laufenden Jahr bislang zwei. Landesweit werden keine Zahlen erhoben. Seit fast sieben Jahren – seit dem 1. August 2001 – gibt es nun schon die so genannte Homo-Ehe. Das verflixte siebte Jahr scheint ohne größere Komplikationen zu verlaufen. Dennoch: Zum Erfolgsmodell hat sich die Homo-Ehe nicht entwickelt. Zu dürftig sind die Rechte, die mit der Partnerschaft einhergehen, zu bescheiden die Rahmenbedingungen, und auch das Umfeld spielt nicht immer mit.

### Diskriminierung im Kleinen

Die Ungleichbehandlung könne ganz profan sein, sagt Harald Immer, Vorstand des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland (LSVD) Baden-Württemberg. Immer nennt die GEZ-Gebühren, die Verpartnerte doppelt zahlen, oder die Gebühren fürs Standesamt: 39 Euro koste eine Eheschließung in Stuttgart, 89 Euro eine Verpartnerung. Diskriminierung fängt halt im Kleinen an. Und manchmal auch im Symbolischen: Zum Beispiel, wenn die Lesben und Schwulen im Forstamt statt im Standesamt getraut werden – ja, das gibt es tatsächlich. „Theoretisch geht in Baden-Württemberg auch die Zulassungsstelle, aber so viel Einfühlungsvermögen haben die Behörden dann doch“, sagt Immer. Baden-Württemberg gehört zu den Ländern, die nicht – wie im ursprünglichen Bundesgesetzentwurf vorgesehen – die Standesämter mit dieser Aufgabe betraut haben. Zuständig sind hier die Landratsämter und in den kreisfreien Städten die Stadtverwaltungen.



**Haben sich getraut:** Jennifer (links) und Stefanie sind seit gut einem Jahr auch vor dem Gesetz ein Paar. Foto: privat

Im Vergleich mit der Ehe schneidet die Lebenspartnerschaft immer noch schlecht ab: Einerseits gelten alle Regelungen der Ehe, die finanzielle Verantwortung füreinander beinhalten, auch für Lebenspartner. Andererseits ist eine gemeinsame steuerliche Veranlagung wie bei Eheleuten nicht möglich. „Lebenspartnerschaften werden somit für die Übernahme gegenseitiger Fürsorge vom Staat finanziell bestraft, während andererseits auch kinderlose Ehen vom Ehegattensplitting profitieren können“, argumentiert der LSVD, der außerdem beklagt, dass das Erbschaftsteuerrecht die Lebenspartner im Todesfall wie Fremde behandle. Lediglich ein Freibetrag von 5200 Euro wird gewährt.

Doch die rechtliche Benachteiligung ist nicht der einzige Grund, weshalb sich viele Schwule und Les-

ben dagegen entscheiden. Mehr als die Hälfte der Homosexuellen in Deutschland verschweigt laut dem Kölner Psychologen Dominic Frohn am Arbeitsplatz ihre sexuelle Orientierung. Aus Furcht vor Diskriminierung oder Schlimmerem. Ein krasses Beispiel ist laut Immer die katholische Kirche: Das Eingehen einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft kann dort mit Kündigung geahndet werden. Gemäß Paragraph drei: Verstoß gegen die Grundsätze der Glaubens- und Sittenlehre.

### „Sogar Oma war begeistert“

Da haben es Stephanie mit ihrem Job in der Medienbranche und Jennifer, die bei einem Großkonzern arbeitet, leichter. Beide sind auch im Job hundert Prozent „out“. Wie das bei den Kollegen ankommt, hänge auch davon ab, wie man selbst mit der eigenen Homosexualität umgehe, findet Jennifer. Das letzte Stückchen Coming out innerhalb ihrer Familien schafften die beiden quasi mit der Lebenspartnerschaft und einer späteren Familienfeier, freier Theologe und Gospelchor inklusive. „Sogar meine Oma war begeistert vom Pfarrer“, erzählt Jennifer. Und sie habe damals endlich eingesehen, dass die Homosexualität ihrer Enkelin „keine Phase mehr“ sei.

Am 7. 7. 2007, dem Schnapszahl-Datum ihrer Trauung, waren Stephanie und Jennifer naturgemäß ein Brautpaar von vielen auf dem Stuttgarter Standesamt Mitte. „Mal abgesehen davon, dass wir kein Familienbuch bekommen haben, sondern nur einen Wisch, hatten wir nicht das Gefühl, dass wir anders behandelt werden. Ich habe mich ganz normal getraut gefühlt“, sagt Stephanie. Vom Gesetzgeber wünscht sie sich dennoch eine Besserstellung der homosexuellen Paare. „Ich möchte nicht nur die Pflichten einer solchen Partnerschaft haben. Die nehme ich auch gerne, aber ich hätte auch gerne die Rechte.“ Angelika Wohlfrom

## Grüne: „Komplett vergessen“

Nach sieben Jahren Homo-Ehe werde es höchste Zeit, die rechtliche Gleichstellung zu vollenden, finden die Grünen im Landtag. Auch die jüngste Gelegenheit dazu werde soeben von der Landesregierung verschenkt, sagt die sozialpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Brigitte Lösch: So sei im Gesetzentwurf zur Änderung des Personenstandsgesetzes die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft „komplett vergessen worden“. Drei Dinge hätte man nach Ansicht der Grünen dringend regeln müssen: die Einheitlichkeit der Gebühren für Homo-Ehe und Ehe, die freie Wahl des Standesamts auch für Lebenspartnerschaften und die Klärung der Zuständigkeit. Lösch: „Die Lebenspartnerschaften gehören auch ins Standesamt.“ Wenn das Personenstandsrecht im Herbst im Landtag diskutiert wird, wollen die Grünen deshalb eine politische Initiative starten. rom

– ANZEIGE

## „Eine Mogelpackung“

GEW und SPD: Rechenspiele statt Bildungspaket

PZ-KORRESPONDENTIN  
ULRIKE BÄUERLEIN

**STUTT GART.** Die geplante Bildungsoffensive sorgt weiter für Diskussionen: Sowohl GEW als auch SPD warfen der Landesregierung gestern vor, die angekündigten 4000 neuen Lehrerstellen seien lediglich eine „Mogelpackung“. Noch am Dienstag hatte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) das Kultusministerium für die geplante Senkung des Klassenteilers und die damit verbundene Schaffung von insgesamt rund 4000 Lehrern gelobt und anerkennend geäußert, dass die Landesregierung damit die bildungspolitische „Standspur“ verlasse. Gestern klang das in Teilen schon wieder ganz anders. „Tatsächlich werden gar keine 4000 Stellen geschaffen, sondern es werden durch Schülerrückgang frei werdende Stellen verrechnet“, sagte die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz in Stuttgart:

„Durch diese Zahlen entsteht der Eindruck, dass kurzfristig eine Besserung entsteht.“ Diese bleibe aber aus, und für das kommende Schuljahr ändere sich überhaupt nichts an den Schulen. „Aber die Lorbeeren werden eingesammelt.“

Auch die SPD übte gestern Kritik an der Darstellung des Bildungspaketes durch die Landesregierung. „Hier wird offenkundig mit falschen Zahlen hingeworfen“, so der Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel, der das Paket eine „Mogelpackung“ nannte. Entgegen der Aussage von Ministerpräsident Günther Oettinger, es würden „netto neu“ 3200 Stellen geschaffen, würden stattdessen frei werdende Stellen einfach verrechnet. Kultusminister Helmut Rau (CDU) wies diese Auslegung als „völlig ungerechtfertigt“ zurück. Im Haushalt, so Rau, würden exakt 3927 neue Stellen geschaffen.

## DREI FRAGEN

E-Paper macht's möglich:

ABO ONLINE BESTELLEN!

pz-news.de

Online mehr erleben.

Pforzheimer Zeitung

Der Tag wird gut. PZ!

Die PZ am Computer lesen – immer etwas Neues!

Ein Schritt zu Ihrem Computer mit Internetzugang genügt und Sie haben Zugriff zur tagesaktuellen Ausgabe der Pforzheimer Zeitung. PZ E-Paper ist die digitale Ausgabe der PZ und täglich frühmorgens bereits ab ca. 4 Uhr verfügbar (Ortszeit Deutschland). [pz-news.de/epaper](http://pz-news.de/epaper)